

Wiesbadener Tagblatt

RHEINGAUER BÜRGERFREUND



Ein Duo auf der Höhe der Zeit

Der Wiesbadener Pianist Uwe Oberg und Saxofonist Heinz Sauer stellen CD vor. ► KULTUR

„Concerto Classico“ feiert Geburtstag

Etwa 60 Konzerte hat die Klassik-Reihe in den fünf Jahren im Rheingau gegeben. ► RHEINGAU

Komiker als Kommissar

„Mr. Bean“ überzeugt als Ermittler Maigret. ► KULTUR

1 E 7327 A | Nr. 295 | 168. Jahrgang

www.wiesbadener-tagblatt.de

Mittwoch, 20. Dezember 2017 Preis: 1,90 Euro

WETTER

Zeitweise Regen
5°
4°
Nordwestwind
► FERNSEHEN/WETTER

HEUTE

Wir befinden uns in einer neuen Ära des Wettbewerbs.

US-Präsident Donald Trump bei der Vorstellung seiner neuen Sicherheitsstrategie

POLITIK

DFB-POKAL
FSV Mainz 05 – VfB Stuttgart **3:1**
SC Paderborn – FC Ingolstadt **1:0**
1. FC Nürnberg – VfL Wolfsburg n.v. **0:2**
Schalke 04 – 1. FC Köln **1:0**
► SPORT

Seit 15 Jahren forschen Deutsche an Stammzellen

2002 gab es um die Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen in Deutschland eine hochemotionale Debatte. Heute ist der Pionier der Forschung, Oliver Brüstle, mit dem Stand seiner Arbeit zufrieden. Doch nicht nur er fürchtet durch das strenge Stammzellgesetz Nachteile für Deutschland.

PANORAMA

BÖRSE

Dax im Minus
Dax 13215,79 (-96,51)
Euro Stoxx 50 3582,22 (-27,20)
Dow Jones 24774,64 (-17,56)
Euro 1,1823 \$ (1,1795)
Gold je Unze 1260,35 \$ (1260,60)
► WIRTSCHAFT

INHALT

HESSEN 5
WIRTSCHAFT 7
TERMINE 14
KULTUR 18
ROMAN 22
SPORT 23
FERNSEHEN 27
PANORAMA 28

KONTAKT

Zustellung/
Abo-Service: 0611/355355
Fax: 0611/3555238
Privatanzeigen: 0611/355311
Fax: 0611/3554779
Redaktion: 0611/3555329
Fax: 0611/3555407
E-Mail: rheingau-lokales@vrm.de

www.facebook.com/wiesbadenertagblatt

www.twitter.com/nachrichtenwt

Probeabo: 0611/355355

Langgasse 21
65183 Wiesbaden



Wir sind **VRM**

Lernen im Container

55 Wiesbadener Klassenräume sind derzeit in Containern untergebracht. Die Gründe dafür sind unterschiedlich, die Kosten beträchtlich. ► WIESBADEN



Foto: René Vigneron

Studienplatzvergabe nicht rechtens

URTEIL Bundesverfassungsgericht verlangt Neuregelung für angehende Mediziner

KARLSRUHE (dpa). Das Verfahren zur Vergabe von Studienplätzen im Fach Humanmedizin ist teilweise verfassungswidrig und muss bis Ende 2019 neu geregelt werden. Mit dem aktuellen Verfahren werde der grundrechtliche Anspruch der Studienplatzbewerber auf gleiche Teilhabe am staatlichen Studienangebot verletzt, entschied das Bundesverfassungsgericht am Dienstag in Karlsruhe. Grundsätzlich sei die Vergabe nach den besten Abiturnoten, nach Wartezeit und nach einer Auswahl durch die Universitäten aber mit dem Grundgesetz zu vereinbaren.

Bund und Länder müssen nach dem Urteil bis zum 31. Dezember 2019 verschiedene Mängel in ihren Gesetzen beheben. So

muss bei der Vergabe nach Wartesemestern der Zeitraum begrenzt werden. Aktuell sind etwa 15 Halbjahre nötig, um zum Zuge zu kommen. Der Erste Senat unter Vorsitz von Ferdinand Kirchhof machte in seinem Urteil keine Vorgabe, deutete aber an, dass vier Jahre eine Grenze sein könnten.

Falscher Wunschort darf Bewerbung nicht gefährden

Auch dürfe der Zwang zur Festlegung auf bis zu sechs gewünschte Studienorte in der Auswahl nach Abiturnote nicht dazu führen, dass ein Bewerber, der an einer anderen Hochschule eigentlich erfolgreich wäre, am Ende leer ausgeht, etwa weil an

REAKTIONEN

► Ärztekammer-Präsident Frank Ulrich Montgomery nannte das Karlsruher Urteil „das richtige Signal zur richtigen Zeit“. Bei der überfälligen Reform müsse nun Tempo gemacht werden. Der Vorsitzende des Marburger Bundes, Rudolf Henke, kritisierte, dass viele geeignete Bewerber an der Aufnahme ihres Wunschstudiums gehindert würden, weil die Zahl der Medizinstudienplätze auf dem Niveau von 1990 verharre.

seinen genannten Unis der Andrang in einem Jahr besonders hoch ist. Im Auswahlverfahren bei den Hochschulen müsse eine Vergleichbarkeit der Abiturnoten

über Landesgrenzen hinweg sichergestellt werden. Außerdem müsse es ein standardisiertes und strukturiertes Verfahren geben. Die Abiturnote dürfe dabei nicht das einzige Kriterium sein. Dabei könne etwa die besondere persönliche Qualifikation für den Arztberuf berücksichtigt werden.

Auf jeden Studienplatz für Humanmedizin in Deutschland kommen nach den Zahlen für das aktuelle Wintersemester fast fünf Bewerber. Die Verteilung läuft zu 20 Prozent über die besten Schulnoten, zu 20 Prozent über Wartezeit und zu 60 Prozent über ein Auswahlverfahren direkt bei den Hochschulen. Vorab wird schon ein Teil der Studienplätze nach speziellen Kriterien vergeben – etwa Härtefällen

oder dem Bedarf des öffentlichen Dienstes an Medizinerinnen.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatte zwei Fälle von Bewerbern aus Schleswig-Holstein und Hamburg in Karlsruhe vorgelegt, die auf ihre Bewerbung hin keinen Studienplatz für Humanmedizin bekommen hatten.

Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Horst Hippler, nannte eine Begrenzung der Wartezeit vernünftig, um eine transparente und realistische Lebensplanung für Studienbewerber zu ermöglichen. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka sprach sich für eine zügige Reform aus. Der Bundestag als Gesetzgeber sei nun gefordert.

KOMMENTAR/HINTERGRUND

Sondiert wird erst im Januar

REGIERUNGSBILDUNG Start nach CSU-Klausur / Kritik an Ex-SPD-Chef Gabriel

BERLIN (dpa). Die komplizierte Suche nach einer neuen Bundesregierung wird mit den Sondierungen von Union und SPD nach dem 6. Januar in die entscheidende Phase eintreten. Wie der SPD-Vorsitzende Martin Schulz am Dienstag mitteilte, wolle die CSU vor ihrer Klausurtagung in Kloster Seon nicht sondieren. „Deshalb brauchen wir ein bisschen mehr Zeit“, erklärte Schulz im Kurzmitteilungsdienst Twitter. Ein Sonderparteitag der SPD über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen soll daher nicht am 14., sondern erst am 21. Januar in Bonn stattfinden. Mit einer neuen Regierung wird nicht mehr vor März gerechnet.

Schulz hatte eine große Koalition mehrfach ausgeschlossen. Eigentlich wollte die SPD nach der Wahlniederlage in der Opposition ihr Profil schärfen und sich erneuern – aber nach dem Aus der Jamaika-Verhandlungen von Union, FDP und Grünen will Bundeskanzlerin Angela



Es rumort in der SPD: Parteichef Martin Schulz (rechts) und sein Vorgänger Sigmar Gabriel stehen unter Druck. Archivfoto: dpa

Merkel (CDU) nun mit der SPD ein Bündnis schmieden.

In der SPD wächst unterdessen der Unmut über den früheren Parteichef Sigmar Gabriel. Dieser hatte in einem Gastbeitrag im „Spiegel“ eine zu starke Distanz der SPD zu ihren klassischen Wählerschichten beklagt und eine grundlegende Kurskorrek-

tur sowie auch ehrliche Debatten über die Begriffe „Heimat“ und „Leitkultur“ gefordert. „Bei einigen Aussagen habe ich mir wirklich die Augen gerieben“, sagte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland.

KOMMENTAR/POLITIK

Keine Ermittlungen gegen den Bischof

ABTREIBUNG Information war nicht strafbar

Von Christoph Cuntz

FRANKFURT. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat es erwartungsgemäß abgelehnt, ein Ermittlungsverfahren gegen den Limburger Bischof Georg Bätzing einzuleiten. Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Gerhard Woitzik, hatte ihn angezeigt, weil der Bischof gegen das Verbot, für Schwangerschaftsabbrüche zu werben, verstoßen haben soll. Gemeint war eine pdf-Datei, die auf der Internetseite des katholischen Bezirksbüros Hochtaunus zu finden war. Die Datei informiert über verschiedene Hilfsangebote, unter anderem über ein Angebot zur Schwangerschaftsberatung.

Es lägen keine Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vor, so Oberstaatsanwältin Nadja Niesen. Die auf

der Internetseite des Bistums Limburg veröffentlichte Informationsschrift habe nicht den Straftatbestand der Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft gemäß Paragraf 219a erfüllt. Der Paragraf stellt Werbung für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe, mit der Gewinnaabsichten verbunden sind oder die grob anstößig ist.

In der von Woitzik beanstandeten Passage wurde über das Ausstellen des Beratungsscheins informiert, der für den Schwangerschaftsabbruch notwendig ist. „Der Beratungsschein ist kein Mittel, das zur Durchführung des Abbruchs geeignet ist“, so die Staatsanwaltschaft. Außerdem habe das Bezirksbüro die Information nicht publiziert, um einen Vermögensvorteil zu erzielen. Die Information sei auch nicht in grob anstößiger Weise erfolgt.

Einigung in Sachen Mattiaqua

WIESBADEN (hzz). Nach schwierigen Verhandlungen zwischen den Bündnispartnern SPD, CDU und Grüne hat der Wiesbadener Magistrat den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Mattiaqua für die nächsten zwei Jahre beschlossen. Nun müssen am Donnerstag noch die Stadtverordneten zustimmen. Auch wenn der Ausgleich des Eigenkapitals, das durch Defizite in den vergangenen Jahren arg geschrumpft war, erst im Januar beschlossen werden soll, scheint nun der Weg frei für das Hallenbad im geplanten Sportpark Rheinhöhe. Der Neubau soll das marode Bad an der Mainzer Straße ersetzen. ► WIESBADEN

Deutscher darf Türkei verlassen

ISTANBUL (dpa). Nach fast zweijähriger Ausreiseperrre darf der deutsche Soziologe Sharo Garip die Türkei verlassen und nach Köln zurückkehren. Ein Gericht in Istanbul hob zum Auftakt des Prozesses gegen den 51-Jährigen das Anfang 2016 gegen ihn verhängte Ausreiseverbot auf. Das Verfahren wegen Terrorpropaganda wird aber fortgesetzt. Garip sagte nach der Entscheidung: „Für mich ist es ein tolles Gefühl, wieder nach Hause gehen zu dürfen.“ Der Deutsche hatte im Januar 2016 als einer von mehr als 1000 Akademikern einen Appell unterschrieben, in dem das harte Vorgehen der Regierung in den Kurdengebieten im Südosten der Türkei kritisiert worden war.

Mehr Gewalttaten am Arbeitsplatz

BERLIN (dpa). Die Zahl der gewalttätigen Übergriffe am Arbeitsplatz ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Wie die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung mitteilte, erlitten im vergangenen Jahr 10432 Beschäftigte „einen meldepflichtigen Arbeitsunfall während einer betrieblichen Tätigkeit durch die Einwirkung von physischer oder psychischer Gewalt“. Deren Zahl habe in den vergangenen fünf Jahren um 22 Prozent zugenommen. Gewalttätige Übergriffe am Arbeitsplatz sind etwa der Überfall auf eine Tankstelle, die Handgreiflichkeiten eines Patienten mit Demenzerkrankung gegen Pflegekräfte oder der Schock nach einem traumatischen Ereignis.

Hamburg öffnet Kasse für Beamte

HAMBURG (dpa). Als erstes Bundesland öffnet die Stadt Hamburg ihren Beamten mit einer pauschalen Beihilfe die gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Mit der Regelung erhalten Beamte auf Wunsch vom 1. August 2018 an statt individueller Beihilfe den hälftigen Beitrag zu einer gesetzlichen oder privaten Krankenvollversicherung. „Ein moderner Sozialstaat sichert alle gleichermaßen ab und grenzt niemanden aus“, sagt Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) am Dienstag. Beamte sind bislang faktisch gezwungen, sich ergänzend zur Beihilfe privat zu versichern.

Mehr Wohnfläche in Stephanshausen

BESCHLUSS Nicht alle begrüßen den neuen Plan

GEISENHEIM (lj). Die Stadtverordnetenversammlung Geisenheim hat die Aufstellung des Bebauungsplanes „Westlich Lückstraße“ in Stephanshausen sowie die Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich mit großer Mehrheit beschlossen. Ziel ist die Ausweitung von Wohnbauflächen.

Grüne sehen „eine falsche Entwicklung“

Kritik kam von den Grünen. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Bedarf in Stephanshausen da ist. Das ist eine falsche Entwicklung“, kritisierte Joachim Seibert. Zusätzliche Wege würden in fünf bis zehn Jahren nötig sein.

Eine Ausweitung von Bauland sei nicht angedacht, sondern lediglich eine Arrondierung, die von der Naturschutzbehörde als sinnvoll erachtet worden sei, betonte im Gegenzug Rudolf

Spring (ZfB). „Mehr darf es nicht geben.“

Gravierende Änderungen der ursprünglichen Planunterlagen wurden nicht vorgenommen, allerdings wurde die Pflanzliste angepasst. Als potenzielle Wirtspflanzen für die Kirschesigfliege wurden die Vogelkirsche, die Heckenkirsche, der Rote Hartriegel und der Holunder aus der Pflanzliste gestrichen. Geachtet werden soll in Abstimmung mit der Unteren und Oberen Wasserbehörde auf die getrennte Ableitung des Niederschlagswassers sowie auf den Brandschutz. Grundstücksverläufe wurden nach Vermessung geringfügig angepasst. Die Denkmalpflege weist darauf hin, dass mit archäologischen Funden aus der vorrömischen Eisenzeit zu rechnen sei. Eine Rückmeldung und Entscheidung zur weiteren Vorgehensweise stehe noch aus, beeinflusse jedoch nicht die Aufstellung des Bebauungsplanes.

Der Rheingauer Dom in einem besonderen Licht

KONZERT „Offenes Singen“ am 2. Weihnachtstag

GEISENHEIM (red). Am Tag des Heiligen Stephanus, dem zweiten Weihnachtsfeiertag, erstrahlt die Pfarrkirche Heilig Kreuz in Geisenheim, besser bekannt als Rheingauer Dom, ab 19 Uhr im Schein vieler Kerzen in einem ganz besonderen Licht.

Der Kirchenchor Heilig Kreuz und die jungen Sänginnen und Sänger des Kinderchors C und des Jugendchores am Rheingauer Dom unter der Leitung von Bezirkskantor Florian Brachten-

dorf „beleuchten“ das weihnachtliche Geschehen mit Werken von Bach, Cornelius, Prätorius, Willcocks und anderen unter dem Titel „Zu Bethlehem geboren“.

Das Konzert ist gestaltet als „Offenes Singen“, lädt also die Konzertbesucher immer wieder zum Mitsingen ein. Kurze Textimpulse und Orgelklänge (Anna-Lena Bach an der Stumm-Orgel) vervollständigen die musikalische Stunde. Der Eintritt ist frei.



Am zweiten Weihnachtsfeiertag findet ein Lichtkonzert im Rheingauer Dom in Geisenheim statt. Foto: Michael Rasel-Puth

BLAULICHT

Gegen die Leitplanke gefahren

RANSEL (red). Am Montag ist ein Auto auf der Landesstraße 3397 zwischen Ransel und dem Wispertal bei einem Ausweichmanöver gegen die Leitplanke gefahren, so die Polizei. Die 32-jährige Fahrerin fuhr in Richtung Wispertal, als ihr ein dunkler Kompaktwagen auf ihrer Fahrspur entgegengekommen sein soll. Deshalb wich die 32-Jähri-

ge mit ihrem Wagen nach rechts aus und stieß gegen die Leitplanke. Der entgegenkommende Wagen setzte daraufhin seine Fahrt ohne anzuhalten fort. An dem Auto der Frau entstand ein Schaden von etwa 3000 Euro.

Mögliche Zeugen werden gebeten, sich mit der Polizeistation in Rüdeshheim unter 06722-911 20 in Verbindung zu setzen.

Diebe bestehlen Schülercafé

GEISENHEIM (red). Im Laufe des Wochenendes sind Einbrecher gewaltsam in das Schülercafé der St. Ursula-Schule in der Rüdeshheimer Straße eingedrungen und haben 30 Euro entwen-

det. Die unbekanntenen Täter beschädigten dabei Teile des Mobiliars, bevor sie unerkannt mit dem Geld die Flucht ergriffen. Hinweise an die Polizei in Rüdeshheim unter 06722-911 20.

REDAKTION RHEINGAU

Geschäftsstelle:
Lali Ruske
Telefon: 0611-355-5329
Fax: 0611-355-5368
E-Mail: rheingau-lokales@vrm.de

Redaktion:
Barbara Dietel (bad) -5237
Oliver Koch (olk) -5384
Jutta Schwidessens (ra) -5236

Regionale Verkaufsstellen:

Anzeigen:
Sandra Zettel 0611-355-31 00
Lesermarkt: Daniel Düpre -5299

Blattmacher:
Christopher Schäfer, Christian Struck,
Laura Jung, Inge Heinz, Stephen Lämmerhirt
Folgen Sie uns gerne auch im Internet,
auf facebook und twitter.



Die aus Weißrussland stammende Yuliya Lonskaya spielt Gitarre und singt dazu, zum Beispiel im Kunstkeller Hattenheim am Sonntag, 11. März 2018. Clara Holzapfel wird sie auf der Geige begleiten. Das Konzert steht unter dem Titel „Der Hattenheimer Geigerkönig Wilhelm“, gespielt wird Musik aus seiner Zeit. Foto: DigiAtel/Heibel

Fünf Jahre Concerto Classico

BENEFIZ-KONZERTE Künstler erinnern mit ihren Lieblingsliedern aus Oper, Operette, Musical und Jazz an die Anfänge

Von Laura Jung

HATTENHEIM. Fünf große rote Punkte sind vor einem gelben planetenartigen Gebilde zu sehen: Künstlerin Marion Haas hat zum fünften Geburtstag der Concerto-Classico-Veranstaltungen ein Gemälde komponiert, das gleichzeitig als Logo dient. „Geheimnisvoll, positiv und aufsteigend sollte es sein, nicht offensichtlich“, verrät die Eltviller Künstlerin, die in Rüdeshheim geboren wurde. Die fünf Punkte stünden für die fünf Jahre, in denen rund 60 Konzerte überall im Rheingau stattfanden, die gelbe Farbe für Energie, Leben und Feiern.

Feiern möchte auch Norbert Statzner, Geschäftsführer der Concerto-Classico-Veranstaltungen: „Seit dem 1. Oktober 2017

sind wir eine gemeinnützige Unternehmungsgesellschaft“, freut sich der Musikliebhaber, der im Hauptberuf ein Ingenieurbüro in Hattenheim leitet. „Ich wünsche mir, dass wir die roten Punkte aufsteigen sehen und dass noch weitere dazukommen“, erläutert Statzner seine Motivation. Wenn er auch selbst kein Instrument spielen sollte, so bereite es ihm doch Freude, Künstlern dabei zu helfen, an ein Engagement zu kommen und ihre Profession auszuüben. „Damit sie die Möglichkeit erhalten, vor Publikum aufzutreten.“

So war es auch vor fünf Jahren, als Statzner junge Künstler kennenlernte, die nach Abschluss ihres Studiums keine Bühne hatten. „Der Winzer Michael Kopp aus Hattenheim war einer der ersten, der junge Talente förderte

und ich habe ihnen dann dabei geholfen, professioneller zu werden“, erzählt der Förderer im Rückblick.

Anfangs noch kleine Salonkonzerte

„Bei der Gründung im Jahr 2013 erhielten wir die Gelegenheit, klassische Konzerte im Kulturzentrum Eichberg zu veranstalten.“ Die Aufführungen fanden anfangs im kleinen Rahmen als sogenannte Salonkonzerte statt und waren damals für das Kuz Neuland. Am 27. Januar kehren die Künstler der Concerto-Classico-Reihe wieder an diesen Ursprungsort des Geschehens zurück und gestalten anlässlich des fünften Geburtstages ein Benefiz-Konzert mit ihren Lieblingsliedern aus Oper, Operette,

NEUJAHRSKONZERT: „OPERA ET CETERA“

► Schwungvoll startet Concerto Classico ins neue Jahr: Zum fünften Geburtstag gibt es ein **Neujahrskonzert** am Samstag, 13. Januar, auf dem Schiff MS Rheinstar der Rössler-Linie. **Tickets** kosten 29 Euro im Vorverkauf, der Einstieg ist in Rüdeshheim und Bingen.

► Die jungen Sänger von „Opera et Cetera“ präsentieren mit ihrem künstlerischen Leiter, dem Tenor **Keith Ikaia-Purdy**, ein internationales Neujahrprogramm.

► **Alle Konzerttermine 2018** gibt es unter: www.concertoclassico.de.

Musical und Jazz. Der Reinerlös des Konzertes soll Vitos Rheingau zur Verwendung im künstlerischen Bereich zur Verfügung gestellt werden.

Die Förderung der Concerto-Classico-Veranstaltungen war zunächst auf rein privater Basis erfolgt, unterstützt durch Sponsoren wie die Rheingauer Volksbank. Vorstandsvorsitzender Andreas Zeiselmeier hat sich be-

reit erklärt, die Schirmherrschaft für die Jubiläumskonzerte am 13. und am 27. Januar zu übernehmen. „Wir interpretieren uns als Bank der Rheingauer und wollen Förderer der Region sein“, sagte Zeiselmeier, der die große Leistung von Norbert Statzner lobte, 60 Konzerte in fünf Jahren privat auf die Beine zu stellen. „Da war es selbstverständlich für uns, mitzumachen.“

Streit um Ortstermin zum Bachhöller Weg

WOHNMOBILSTELLPLATZ Mehrheit im Eltviller Stadtparlament will Areal in Erbach erst nach Aufstellungsbeschluss in Augenschein nehmen

Von Oliver Koch

ERBACH. Soll der Ortstermin vor oder nach dem Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Bebauungsplans Bachhöller Weg stattfinden? Um diese Frage wurde nun in der Sitzung der Eltviller Stadtverordneten – wie schon zuvor im Stadtentwicklungsausschuss – leidenschaftlich gerungen. Es geht um sechs bis acht Wohnmobilstellplätze, die der Weinhof Martin auf einer Gartenfläche gegenüber dem Betrieb schaffen will. Im Gegenzug sollen die vier Plätze, die es heute schon auf dem Betriebsgelände gibt, entfallen.

Für Projekt ist Änderung des Bebauungsplans erforderlich

Für die Nutzung des Gartengrundstücks muss der Bebauungsplan geändert werden. Vor dem Aufstellungsbeschluss wollten SPD, Grüne und FDP zuerst den Platz in Augenschein nehmen. Doch die Vertreter von CDU, FEB und Bürgerliste hielten es für sinnvoller, erst die Bauleitplanung auf den Weg zu bringen und sich dann im Januar zum Ortstermin zu treffen – im Stadtparlament setzen sie nun dieses Vorgehen durch.

Diese Reihenfolge sei für ihn nach all den Jahren in der Kommunalpolitik neu, meinte FDP-



Der Weinhof Martin möchte auf einem Gartengrundstück gegenüber dem Betrieb sechs bis acht Wohnmobilstellplätze schaffen – dafür sollen vier auf dem Betriebsgelände entfallen. Archivfoto: DigiAtel/Heibel

Fraktionschef Rainer Scholl, der sich für SPD, Liberale und Grüne ums Eltviller Bürgermeisteramt bewirbt. „Wir hätten das Gelände gerne vorab gesehen“, sagte Scholl für seine Fraktion. Doch der Aufstellungsbeschluss sei ein Signal, dass das Parlament dem Vorhaben zustimme. Ziel sei es laut Ludwig Jung (CDU), die Sache „nicht auf die lange Bank“ zu schieben. Der Aufstellungsbe-

schluss bedeute aber nicht, dass der Stellplatz schon beschlossen sei. Vielmehr gehe es darum, im Verfahren zwei Monate einzusparen. „Sechs Wochen machen doch den Bock nicht fett“, fand dagegen Scholl und erinnerte daran, dass Bebauungsplanverfahren lange dauerten.

Grundsätzlich habe man nichts gegen Parkflächen für Wohnmobile und finde das Engagement

des Weinhofs gut, sagte Andreas Starnofsky (SPD). „Aber diese Stelle ist die falsche.“ Das Areal werde nur für Gärten genutzt, es gebe entlang des attraktiven Wanderweges einen „grünen Streifen“, den der Stellplatz unterbreche. Trotz der geplanten Rasenpflastersteine entstehe eine befestigte Fläche, die als Fremdkörper wirke. Er verstehe nicht, weshalb das Thema „durchgedrückt“ wer-

de. Die Zahl der Stellplätze werde an dieser Stelle mehr als verdoppelt, monierte Grünen-Fraktionschef Guntram Althoff. Er sprach von einer „Umwandlung von Naherholungsfläche“. Schon jetzt gebe es durch Feuerwehr, Grundschule und Grünschnittstelle normalen Verkehr. Er warnte vor Verkehrsproblemen, wenn die Wohnmobilstellen, denen er nur „limitiertes Fahrvermögen“ bescheinigte, an dieser Stelle rangierten.

Aus Sicht von FEB-Fraktionschef und Bürgermeisterkandidat Klaus Opitz sind die Wohnmobilstellen rücksichtslos und versierte Fahrer. „Lasst Familie Martin der Stadt doch helfen, deren Attraktivität zu steigern“, appellierte die Erbacher Ortsvorsteherin und CDU-Stadtverordnete Claudia Rohmann an das Plenum. Die meisten Bäume auf der Fläche blieben erhalten oder es gebe Ersatzpflanzungen. Jung erinnerte daran, dass im Umfeld schon ein Holzlager existiere, und auch das Turnerheim keinen gestört habe.

Man sei nicht grundsätzlich gegen das Vorhaben, plädiere aber dafür, den Ortstermin vorzuziehen. Angesichts der vielen Argumente für und wider Wohnmobilstellplätze erinnerte Stadtverordnetenvorsteher Ingo Schon (CDU) daran, dass es in der Sitzung nur um den Beginn der Planung gehe.